

„EUROPA KANN NICHT BLEIBEN, WAS ES IST“

LEHREN AUS EUROPAS SCHULDENKRISE:
REGIERUNGSEINHEIT, FISKALUNION UND EUROPÄISCHE
ZIVILRELIGION. VERSUCH EINER GESAMTSCHAU

**Interview mit Roland Benedikter,
Universität von Kalifornien in Santa Barbara
und Stanford Universität**



**Fragen:
Helena Wöhl Coelho | Matthias Schäfer**

INHALT

5 | VORWORT

7 | „EUROPA KANN NICHT BLEIBEN, WAS ES IST“
INTERVIEW MIT ROLAND BENEDIKTER

Fragen: Helena Wöhl Coelho und Matthias Schäfer

40 | DER AUTOR

40 | ANSPRECHPARTNER IN DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch
elektronische Systeme.*

© 2013, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin/Berlin

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.

ISBN 978-3-944015-55-2

VORWORT

Die europäische Schuldenkrise hält die Bürger Europas seit bald drei Jahren in Atem. Sie ist geprägt von einer Vielzahl an neuen Vereinbarungen auf Europäischer Ebene, die zum Ziel haben, die Mitgliedstaaten der Europäischen Union entsprechend dem seit dem Jahr 1990 verfolgten Ansatz einer gemeinsamen Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) wirtschafts- und währungspolitisch enger aneinander zu binden. Geprägt ist die Diskussion von einer notwendigerweise immer noch nationalen Perspektive um Rettungspaket für einzelne Länder der Eurozone, den damit einhergehenden Haftungsrisiken der wirtschafts- starken Staaten und den Reform- und Sparprogrammen in den Krisenländern.

In den turbulenten Zeiten, in denen sich die Architektur Europas in kurzer Zeit durch die Vereinbarung des Fiskalpaktes, der Strategie Europa 2020, den Rettungsschirmen EFSF und ESM oder der in den Blick genommenen Bankenunion so stark verändert, wie selten in seiner Geschichte, sind die Europäer notwendigerweise zunächst mit sich selbst beschäftigt.

Hilfreich kann in einem solchen Moment der fundamentalen Veränderungen sein, den Blick eines Außenstehenden einzunehmen, der Europa und sein im internationalen Vergleich einzigartiges politisches wie ökonomisches Arrangement kennt und gerade deshalb besonders geeignet ist, seine Sicht auf Ursachen und mögliche Lösungen für Europas schwierige Situation darzulegen. Diese Überlegungen sind gedacht als Beiträge für eine Debatte, die Mut erfordert und Mut macht, die teilweise eingefahrenen Pfade der inner-europäischen wie deutschen Debatte zur Bewältigung der Schuldenkrise zu verlassen. Und sie versucht sich dabei an einem Gesamtbild, das über die rein ökonomischen Herausforderungen die politische wie zivilgesellschaftliche Dimension der Krise in den Blick nimmt – eine Krise, die weiterhin mehr Chance als Risiko ist.

Auf der Suche nach einem solchen Gesamtbild der heutigen europäischen Schuldenkrise haben sich Helena Wöhl Coelho und Matthias Schäfer mit dem Politik- und Sozialwissenschaftler Roland Benedikter (47) unterhalten. Benedikter arbeitet als Europäischer Stiftungsprofessor für Politik- und Sozialwissenschaft am Europa-Zentrum der Stanford Universität und am Orfalea Zentrum für Globale und Internationale Studien der Universität von Kalifornien in Santa Barbara. Er war mehr als acht Jahre lang selbst auf europäischer Politikebene aktiv, hat seit 2008 mehrere vielbeachtete Analysen zur europäischen Finanz- und Schuldenkrise sowie zum Bild Europas in der Welt veröffentlicht und im September 2012 seinen fünften Wissenschaftspreis erhalten. Benedikter gilt als ausgewiesener Kenner der europäischen Entwicklung aus internationalem und multidisziplinärem Gesichtspunkt. Helena Wöhl Coelho und Matthias Schäfer haben ihm 55 Fragen zu Europas Krise gestellt – und darauf 55 Antworten erhalten.

Wir wünschen Ihnen, dass die Lektüre der pointierten Ansichten von Roland Benedikter eine Anregung für Ihre eigene Sicht auf die Zukunft Europas ist.

Berlin, im März 2013

Matthias Schäfer
Leiter des Teams Wirtschaftspolitik
Konrad-Adenauer-Stiftung

„EUROPA KANN NICHT BLEIBEN, WAS ES IST“

LEHREN AUS EUROPAS SCHULDENKRISE: REGIERUNGSEINHEIT,
 FISKALUNION UND EUROPÄISCHE ZIVILRELIGION. VERSUCH EINER
 GESAMTSCHAU

**Interview mit Roland Benedikter,
 Universität von Kalifornien in Santa Barbara und Stanford Universität**

Fragen: Helena Wöhl Coelho | Matthias Schäfer

1. Wöhl Coelho und Schäfer:

Europa, das gerade erst die globale Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 bis 2011 überwunden hat, ist nun seit 2011 in einer Schuldenkrise, aus der es trotz vieler Bemühungen einfach nicht herauszukommen scheint. Warum dauert Europas Krise so lange – und kein Ende in Sicht? Kann man diese Krise, die manche eine „Grundlagenkrise“ nennen, auf eine Weise erklären, dass die Grundmechanismen auch für Nichteingeweihte und Nicht-europäer einsichtig werden, ohne an Tiefe zu verlieren?

Benedikter: Das können wir gern versuchen. Wichtig ist vor allem zu sehen, dass die Schuldenkrise nicht nur aus einer, sondern aus *zwei* Hauptdimensionen besteht, die zusammenwirken. Nur wenn man diese beiden Dimensionen in ihrer Interaktion sieht, kann man die Krise verstehen.

2. Inwiefern?

Benedikter: Die Schuldenkrise ist *erstens* die Krise einzelner europäischer Staaten, die zu lange über ihre Verhältnisse gelebt haben. Damit sind zunächst weniger Länder wie Irland gemeint, das – ob aus Sicht anderer Nationen nun gerechter- oder ungerechterweise – hauptsächlich aus gesamteuropäischen Strukturförderungsprogrammen Nutzen gezogen hat, noch Deutschland und Frankreich, die ja 2003 bis 2005 gegen den Stabilitätspakt verstoßen haben, sondern primär die Mittelmeerstaaten. Vor allem sie haben sich seit den 1970er-Jahren im Vergleich mit anderen Ländern immer mehr und überproportional viel Geld geliehen – weniger bezogen auf ihr offizielles Wachstum, sondern auf ihre Wirtschaftsleistung und ihre Struktur- und Produktivitätsgrundlagen. Seit Ende der 1990er-Jahre konnten sie im Wesentlichen nur mehr die Zinsen für ihre Schulden, nicht mehr das Kapital zurückzahlen. Als im Gefolge zunächst der Terroranschläge vom 11. September 2001 und dann der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2007-11 diese Schulden plötzlich zwei große Sprünge machten und noch einmal sehr viel höher wurden, war ein Punkt erreicht, an dem Zinsen für manche Staaten auf sieben Prozent pro Jahr stiegen – was allgemein als Grenze von Schuldzinsen angesehen wird, die man nicht bezahlen kann, ohne mittelfristig pleite zu gehen. Dadurch verloren die internationalen Kapitalmärkte, von denen sich Staaten ihr Geld leihen, das Vertrauen, dass sie ihre Zinsen regelmäßig erhalten und auch das geliehene Kapital irgendwann wieder zurückbekommen. Staaten leihen in der Regel Geld immer nur für einige Jahre und „geben es dann zurück“, indem sie neues Geld leihen, zu den Zinsen, die dann gerade aktuell sind. Diese regelmäßige „Umschuldung“, wie man das in technischer Fachsprache nennt, kann dazu führen, dass sich die Schuldenpositionen der Staaten verschlechtern oder verbessern, je nachdem, ob sie danach mehr oder weniger Zinsen als vorher bezahlen. Im Fall der Schuldenkrise erhielten die hoch verschuldeten europäischen Staaten von den Kapitalmärkten bei „Umschuldungen“ immer weniger oder gar kein Geld mehr, oder nur zu solchen Zinsen, die sie nicht mehr bezahlen konnten. Das zwang dann verschiedene Staaten wie Griechenland, Irland oder Portugal, die anderen Eurozonen-Mitglieder, also alle anderen Staaten, die dieselbe Währung: den Euro haben, um Hilfe zu bitten, um ihre laufenden Ausgaben wie zum Beispiel die Gehälter für die Staatsangestellten überhaupt noch bezahlen zu können und nicht bankrott zu gehen. Das ist die empirische, die unmittelbar quantitative Dimension der Fakten. Ich würde das die Tatsachen-Ebene und die Ursache der Schuldenkrise im *engeren* Sinn nennen.

3. Aber es gibt auch noch eine zweite Dimension?

Benedikter: Ja. Es gibt noch eine zweite Ursache im *weiteren* Sinn. Die Schuldenkrise ist *zweitens* auch die Krise der europäischen Solidarität: der Einheit Europas. Das ist die *qualitative*, die mittelbare (und also langfristige) Dimension, die, was heute in Staaten wie Deutschland aus meiner Sicht noch immer unterbewertet wird, im Kern nicht nur die politische Dimension einschließt, sondern auch die kulturelle und damit die Dimension einer erst in Entstehung begriffenen europäischen „Zivilreligion“. Das heißt: Wenn wir die qualitative Dimension verstehen wollen, müssen wir nicht nur Staats-, Partei- und Institutionenpolitiken berücksichtigen, sondern auch die rasch wachsende Bedeutung von kontextpolitischen Dimensionen wie Sozialpsychologie, dem Zusammenspiel von europäischer und nationaler Identität oder ideengeschichtliche und Mentalitäts-Grundlagen nationaler Handlungs- und Entscheidungstrends. Ohne sie und ihre Wechselwirkung mit der *quantitativen* Dimension, also den kombinierten und aufeinander bezogenen Zahlen von Schuldenständen, Wachstum, Wirtschaftsleistung, Lohnstückkosten (also Wettbewerbsfähigkeit), Innovation, sozialer Kohäsion und institutioneller Umverteilung mittels Steuern und Staatsausgaben, lässt sich der Gesamtmechanismus der europäischen Schuldenkrise nicht verstehen – und es erklärt, warum sie so hartnäckig ist und so lange dauert.

4. Worin besteht diese zweite Dimension konkret?

Benedikter: Europa ist seit einigen Jahren nicht nur *einfach*, sondern *zweifach* heterogener geworden. Es ist auseinandergefallen *erstens* in Gewinner- und Verliererstaaten des Euro – das heißt auf der *einen* Seite in die *Nordstaaten* Deutschland, Österreich, die Niederlande und Frankreich; auf der *anderen* Seite in *Südstaaten* wie Italien, Spanien, Portugal, während einige Staaten wie Irland oder Polen in meist opportuner Weise „neutral“ dazwischen zu bleiben versuchen. Europa ist *zweitens* zusätzlich auch auseinandergefallen auf der *einen* Seite in Länder, die am gemeinsamen, notwendigerweise dialogischen – und daher auch zum Teil in natürlicher Weise mit Konflikten behafteten – Weiterentwicklungs-Prozess teilnehmen wollen; und auf der *anderen* Seite in solche, die sich trotz ihrer Mitgliedschaft faktisch bei der gemeinsamen Zukunftsbewältigung selbst isoliert haben wie Großbritannien, das sich unter der derzeitigen konservativ-liberalen Regierung so stark selbst isoliert zu haben scheint wie noch nie in der neueren europäischen Geschichte.

5. Würden Sie kurz erläutern, was den Gewinner und den Verlierer unterscheidet?

Benedikter: „Gewinner-Staaten“ des Euro ziehen Wachstum aus der Währungsunion, da sie vom Export in andere Eurostaaten maßgeblich profitieren und dafür keine Umrechnungs- und Währungsschwankungsverluste mehr haben; ihre Steuern sinken tendenziell, und ihre Wirtschaften haben Konjunktur, zumindest nach der Überwindung des Höhepunkts der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 bis 2010. Deutschland, bis 2005 selbst ein „Verlierer“ (*sick man of Europe*), gehört eindeutig zu den Siegern, gemeinsam mit Österreich und Holland. Die „Verlierer-Staaten“ des Euro dagegen haben sich für ihre Importe seitens der Gewinnerstaaten eben von diesen Geld geliehen und kaum Struktur- und Produktivitätsfortschritte gemacht, sondern meist im Gegenteil eher an Konkurrenzfähigkeit eingebüßt, weil der Euro für sie eine zu starke Währung ist, da ihr Innovations- und Preisniveau nicht mit dem Umrechnungsniveau des Euro korrespondiert; ihre Steuern steigen tendenziell auf Rekordhöhen, und ihre Wirtschaften sind in Rezession, vor allem seit Ausbruch der europäischen Schuldenkrise 2011, weil sie sich dieselbe Währung mit einem der struktur- und innovationsstärksten Länder der Welt, Deutschland, nur über Einschnitte ins soziale Netz, Beschneidung von Staatsausgaben und höhere Steuern leisten können.

6. Ist Großbritannien nicht allein auf weiter Flur, was die „Spaltung Europas“ anbetrifft, sodass man in diesem Fall weniger von einem „Auseinanderfallen“ als vielmehr von einem „Abfallen“ Großbritannien sprechen sollte?

Benedikter: Zweifellos ist Großbritannien ein Sonderfall, und zwar möglicherweise auch nur ein temporärer. Die Meinungen gehen auseinander, ob man mit Bezug auf ein Land, das ohnehin nie wirklich am europäischen Prozess „Teilhabe“ wollte, sondern vor allem an wirtschaftlicher Sonderbeziehung zum Kontinent interessiert war und fast ausschließlich an wirtschaftlichem Gewinn interessiert ist, aber mit Fragen europäischer Identität und Einheit nie etwas anfangen konnte, von „Auseinanderfallen“ sprechen kann, weil es ja nie eine gefühlte Einheit gab – vor allem nicht im Hinblick auf die Genese einer europäischen Zivilreligion. Großbritannien, und bei einer möglichen Abtrennung des EU-freundlichen Schottland und des eher neutralen Wales vor allem England, hat sich selbst immer eher als „Teil der großen Familie angelsächsischer Völker“, also des

Commonwealth empfunden und gesehen, wie das Margaret Thatcher treffend für die Meinung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung bis heute auf den Punkt brachte – nicht als „Europa“. Als ich in den Jahren meiner Gastprofessur in England alle paar Monate aus- und einreiste, gab es kaum einmal die Situation, wo nicht ein englischer Gesprächspartner beim Warten an den Schaltern beklagte, dass England ein „großes Land, eine große Nation“ war – bevor man der Europäischen Union beitrug. Der Durchschnittsengländer hat heute keine Ahnung, dass das Land vom Beitritt eminent gewonnen hat, sondern macht im Gegenteil die Europäische Union für alles Negative verantwortlich. Das wird sich so schnell nicht ändern, obwohl ich wie etwa der *European Council on Foreign Relations* (ECFR) in seiner Jahresprognose 2013 für die kommenden Jahre insgesamt weniger eine Radikalisierung, sondern einen neuen Realismus der Insel erwarte. Schließlich hat weniger Europa von einem „Abschied“ zu befürchten, als England und Großbritannien selbst. Oder wie es EU-Ratspräsident Rompuy treffend auf den Punkt brachte: Der von der Mehrheit der Bevölkerung Großbritanniens heute befürwortete Austritt aus der EU hieße, einen „Freund allein und ohne Wasser in die Wüste gehen zu lassen“.

7. Aber Großbritannien glaubt doch, dass es sehr wichtig ist – wenn schon nicht „für“ Europa, so doch „in“ Europa?

Benedikter: Wenn Sie wie ich bei der Olympiade im Sommer 2012 in London am Buckingham Palast den Marathon der Frauen verfolgt haben, haben Sie bemerkt, dass dort jede Minute, abwechselnd einmal von Süden und von Osten, je ein Flugzeug nach Heathrow einfliegt. Nicht nur ich habe mich angesichts dieses Spektakels gefragt, wie es möglich ist, dass eine an sich abgelegene, am Rand des Kontinents liegende Insel derart wichtig sein kann. Warum landen so viele Leute in einem Land, das am Rande liegt und weder zu den bevölkerungsstärksten noch zu den wirtschaftsstärksten Europas gehört? Es gibt dafür keinen Grund, denn die Industriegrundlage Großbritanniens liegt danieder – es hat im wesentlichen, verkürzt und auch überspitzt gesagt, nur noch den Verkauf der englischen Sprache sowie der Popkultur, einschließlich der globalen Musik- und eines Teil der Filmkultur, zu bieten, ferner die (spekulationsgetriebene) Finanzwirtschaft im Großraum London, einschließlich paradoxerweise der Kontrolle eines Großteils des weltweiten Eurohandels, wobei England ja den Euro ablehnt wie die Windpocken. Die Gründe, warum das Land so wichtig ist, sind die Geschichte, von der das Land

immer noch zehrt, erfolgreich erarbeitete Infrastruktur der Vergangenheit als gesamteuropäische Drehscheibe, sowie die Rabatte seitens der Europäischen Union bei vollen Rechten. Wenn England dies aufgibt, hat es weit mehr Schaden als Vorteile. Länder wie Dänemark, Italien und Frankreich hinterfragen ohnehin das vor allem zugunsten Großbritanniens (aber paradoxerweise auch zugunsten Euro-Gewinnerländern wie Österreich) geltende Rabattrecht, das sie mit guten Gründen als Unrecht und Gegenimpuls zu europaweit einheitlichen Standards und Fairness ansehen. Angesichts dieser Umstände sowie der Krise der Sonderbeziehung zu den USA sowie der Krise der USA selbst steht Großbritannien mittelfristig wahrscheinlich vor größeren Umbrüchen als Kontinentaleuropa – auch wenn es das derzeit noch überhaupt nicht einzusehen scheint und eine geradezu irritierende Störpolitik verfolgt. Ich glaube nicht, dass dies lange so weitergehen kann, noch wird. Einerseits aus Gründen des Aufwachens der anderen Länder und aus Fairness-Gründen, andererseits, weil England selbst seine reale Position und seine realistischen Optionen einsehen wird müssen – oder sich selbst preisgibt.

8. Warum ist die doppelte Spaltung, von der Sie in System- und Struktursicht auf die heutige europäische Dynamik sprechen, so wichtig?

Benedikter: Eine solch doppelte Spaltung gab es in dieser Schärfe noch nie in der Europäischen Gemeinschaft. Sie ist nicht der tagespolitische, aber der systemische Hauptgrund, warum die Krise so lange dauert und so tief reicht. Denn genau wegen dieser doppelten Spaltung sind die europäischen Institutionen, die sie bewältigen sollen, wie zum Beispiel die Europäische Zentralbank, die Europäische Kommission oder die nationalen Regierungen im Europäischen Rat nur zum Teil handlungsfähig, zum größeren Teil aber gegenseitig gelähmt. Es entsteht eine Kakophonie der Stimmen, auf die die internationalen Finanz- und Kapitalmärkte negativ reagieren. Die Finanzwelt ist skeptisch, weil Europa eine gemeinsame Stimme, eine gemeinsame Handlungsebene, eine gemeinsame Regierung fehlt. Deshalb traut man Europa eine gute und rasche Bewältigung der Krise nicht zu.

9. Hat es denn bisher nicht ausreichend sinnvolle Maßnahmen der Krisenbewältigung gegeben?

Benedikter: Es hat seit 2011 viele sinnvolle Maßnahmen gegeben, die zum Teil hinter den Kulissen auch gut zwischen den Mitgliedsländern koordiniert waren. Die meisten Maßnahmen versuchten mehr oder weniger scharfsinnig, die beschriebene doppelte Spaltung zu umgehen, verdeckt „hinter“ ihr zu agieren oder sie zumindest nicht offen sichtbar werden zu lassen, um die Kapitalmärkte nicht zu beunruhigen, damit die Zinsen nicht noch höher werden. So zum Beispiel mittels der „indirekten“ Aktionen der Europäischen Zentralbank, die über die europäische Bankenstützung, aber auch über den Ankauf von Staatsanleihen der in Not geratenen Länder, welche die Finanzmärkte nicht mehr kaufen wollten, letztlich verdeckt in einer Weise mit Milliardensummen mittelbar staatsfinanzierend agiert hat, die ihr derzeitiger Status eigentlich nicht zulässt. Aber das haben die internationalen Kapitalmärkte längst durchschaut. Es herrscht auf diesen Kapitalmärkten anhaltendes und ungebrochenes Misstrauen gegen die doppelte Uneinigkeit Europas, wie die Krise denn zu bewältigen sei; und dass die meisten Maßnahmen nicht in offener Solidarität zwischen den Nord- und Südstaaten, zum Beispiel durch offene gemeinsame Haftung für europäische Staatsanleihen erfolgen, sondern unter dem Deckmantel von Bankenstabilität oder Währungsstützungen, steigert das Misstrauen ganz erheblich. Also bleiben auch die Zinsen, welche die Finanzmärkte verlangen, so lange hoch und die Krise geht weiter, weil bei so hohen Zinsen keine großen Spielräume für eine schnelle wirtschaftliche Erholung bestehen. Das ist das Grundsatz-, das Strukturproblem hinter der Krise.

10. Inwiefern?

Benedikter: Nicht wegen der Einzelmaßnahmen, sondern vor allem wegen dieses Misstrauens geht die Krise immer weiter. Das Wechselspiel zwischen den zwei Dimensionen ist wie eine Spirale, die sich selbst am Leben erhält: Die hohen Schulden führen zu hohen Zinsen, die nur verdeckt – statt offen gemeinsam – angegangen werden. Das fördert Misstrauen in die Einheit der Eurozone, die gemeinsame Währung auch gemeinsam retten zu können. Das Misstrauen führt dazu, dass die Schuldnerländer das periodisch nötige Kapital zur Refinanzierung ihrer Schulden nur zu überhöhten Zinsen aufnehmen können. Das hindert ihren Schuldenabbau, weil zu viel vom neuen Kapital in die Zinstilgung und zu wenig

in die Schuldentilgung fließt, also zu viel in das Tagesgeschäft und zu wenig in die Lösung des Grundproblems; und weil der Bewältigungsprozess dadurch viel langsamer geht als erhofft. Dadurch steigt wiederum das Misstrauen der Kapitalmärkte in die Möglichkeit der Krisenbewältigung. Mit dem Effekt: Die Zinsen auf Anleihen sinken nicht, sondern schwanken nur auf sehr hohem, über die Jahre gesehen im Grunde nicht haltbarem Niveau.

11. Das bedeutet?

Benedikter: Es ist ein Teufelskreis, der im Kern auf dem Misstrauen aufgrund der inneren Spaltung, oder – anders gesagt – gegen die (Noch-)Nichteinheit Europas beruht – mehr als gegen das rein quantitative Schuldenniveau im Vergleich zum Bruttonationalprodukt, das etwa in Japan ja wesentlich höher ist als in der Eurozone, oder in den USA etwa ähnlich hoch ist, ohne dass diese dieselben negativen Effekte zu befürchten haben.

12. Es gibt also zwei grundlegende Dimensionen, die zusammenwirken: Hohe Schulden einzelner Länder und die fehlende Einigkeit der verschiedenen Mitgliedsstaaten, insbesondere zwischen den Nord- und Südstaaten. Nur wenn man beide Dimensionen gemeinsam und in ihrer Interaktion sieht, kann man die Schuldenkrise Europas verstehen.

Benedikter: Genau. Vor allem: Wenn man das Gesamtbild der europäischen Schuldenkrise begreifen will, ist es entscheidend zu sehen, dass diese zwei Dimensionen *gleich wichtig* sind. Normalerweise ist man versucht zu glauben, dass die nackten Zahlen das Ausschlaggebende sind: also die Schulden an sich. Aber genau besehen ist der zweite Aspekt: also die zum Teil – zumindest als Grundlage konsequenten politisch-ökonomischen Handelns – fehlende Vertrauens- und Solidaritätsdimension sogar wichtiger als die Schulden an sich. In Kapital- und Finanzangelegenheiten ist mittelfristig Vertrauen immer wichtiger als die reinen Zahlen.

13. Das bedeutet?

Benedikter: Europa ist wirtschaftlich, technologisch und sozial viel stärker, als man heute glaubt – wenn man alle Dimensionen wie Ökonomie, sozialen Zusammenhalt, das Gefälle zwischen Arm und Reich, die Produktivität und Innovation, Nachhaltigkeit und Erneuerbarkeit von Energien zusammennimmt, sogar stärker zum Beispiel als die USA, China oder Japan. Nur deshalb, weil die zwei genannten Dimensionen Schulden und Nicht-Einheit sich gegenseitig in einer Art Spirale verstärken und wechselseitig am Leben erhalten, dauert die europäische Krise so lange.

14. Denn?

Benedikter: Europa als Ganzes, wenn man also nicht nur die Eurostaaten, sondern alle 27 Mitgliedsländer einbezieht, ist nach wie vor der wirtschaftsstärkste Raum der Welt. Es ist vor allem, was immer noch oft unterschätzt wird, auch der gesellschaftlich am besten ausgewogene, sozial balancierteste und der unter Friedens-, Ausgleichs- und Rechts-Gesichtspunkten weitestentwickelte multinationale Raum der Welt. Wenn die beiden genannten Dimensionen: Schulden und fehlende innereuropäische Einheit nicht zusammenwirken würden, gäbe es keinen Grund, dass die Krise gerade in einem solchen – im globalen Vergleich höchst entwickelten – Raum so lange dauert.

15. Ist das alles? Oder sind die Dinge doch noch etwas komplizierter?

Was sind weitere Voraussetzungen für die – weit in die internationale Situation ausstrahlende – europäische Krisenkonstellation?

Benedikter: Nun, ehrlich gesagt schon. Dazu müssen wir vor allem zwei Seitenaspekte erwähnen, die zusätzlich in die komplizierte Situation hoher Schulden bei „doppelter Spaltung“ Europas hineinwirken:

- a) Die Rolle der möglicherweise wachsenden Rivalität zwischen den USA und der Eurozone. Die USA richten sich unter Barack Obamas neuer Globalstrategie „Asia First“ zunehmend auf den Pazifik aus – und rücken damit unweigerlich, wenn auch vielleicht nicht ausdrücklich oder willentlich – von Europa ab.

b) Die Rolle der allesamt in den USA beheimateten großen Ratingagenturen – und ihres sowohl verdeckten, demokratisch nicht legitimierten und zugleich überproportionalen Einflusses auf innerwestliche und globale Entwicklungen zwischen Finanzwelt, Wirtschaftskulturen und Politik. Sogar die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton hat ja im Sommer 2012 moniert, es sei doch seltsam, dass immer, wenn die Wirtschaftszahlen in den USA schlecht seien, die Ratingagenturen sofort ein europäisches Land aufs Korn nehmen und es herabstufen. Ashton legt nahe, dass dies darum geschehe, um von den im Kern schwerwiegenden Problemen der USA abzulenken – sei es nun unbewusst oder bewusst.

Es ist schwer, diese beiden Seitenaspekte der Krise nicht zu erwähnen, wenn man die Fakten und ihre ökonomischen und realpolitischen Folgen richtig zu einem Gesamtbild zusammenfügen will.

16. Sie sprechen doch, wenn ich das richtig verstehe, von der „Nicht-Einheit Europas“ als dem vielleicht wichtigsten Hauptgrund der Krise. Gehen wir daher noch genauer auf diese (Noch-)Nichteinheit ein. Welche Rolle spielt sie in der gegenwärtigen Schuldenkrise Europas – die ihrerseits auch eine Krise des Westens wesentlich mit am Leben zu erhalten scheint?

Benedikter: Dafür gibt es zahllose Beispiele in einzelnen Details, die immer wieder nur ein und dasselbe Gesamtproblem verdeutlichen. Zum Beispiel: Dass in der zweiten September-Hälfte 2012 65 Prozent der Deutschen sagen, sie seien skeptisch gegenüber dem Euro, obwohl Deutschland 2011-12 als erstes Land überhaupt seit dem Zweiten Weltkrieg Staatsanleihen zu Negativzinsen verkauft und unter diesem Aspekt also der mit Abstand größte Gewinner der Euro-Situation ist, spricht Bände für die Paradoxien der gegenwärtigen Situation.

17. Was meinen Sie damit?

Benedikter: Deutschland hat nicht nur, aber vor allem auch deswegen, eine solch überragend positive Entwicklung genommen, weil es den Euro hat und deshalb als unumstrittener „Exportweltmeister“ – mit mehr als der Hälfte seines Außenhandelsvolumens – umrechnungsfrei in die Eurozone exportieren kann, vor allem natürlich deutsche Autos und techni-

sche Geräte, nach denen inzwischen ja die ganze Welt zu Recht süchtig ist. Dagegen sagen die im Zeichen europäischer Einheit von extremen Belastungen, u.a. den höchsten Steuern der Welt (Italien seit Sommer 2012) und einem rasch abnehmenden Wohlstandsniveau heimgesuchten Griechen, Portugiesen oder Italiener, welche die deutschen Autos unter anderem auch kaufen, indem sie Schulden bei deutschen (und, noch stärker, französischen) Banken aufnehmen, Europa sei alles, was sie haben und was sie wollen.

18. Das bedeutet?

Benedikter: All das ist eine große Paradoxie. Die heutige Dynamik Europas, die zum Teil als Unsicherheit zum Ausdruck kommt, verdankt sich zu keinem geringen Teil ihrer dialektischen Kraft. Vor allem: Das sind keine bloß populistischen Tagestrends, sondern das sind wirtschafts-, finanz- und geldpolitische Grundsatz-Widersprüche innerhalb der Eurozone. Die in den Südländern als Nicht-Solidarität des Nordens mit dem Süden wahrgenommene Position, dass es Unterstützung nur gegen Reformen gibt, spielt eine große, noch immer unterschätzte Rolle.

19. Und auf der anderen Seite?

Benedikter: Auf der anderen Seite hat – und das ist die *komplementäre* Dimension dazu – die Nicht-Solidarität der Südstaaten mit dem Norden seit Jahrzehnten auch eine Rolle gespielt. Die Südstaaten haben jahrelang gegenüber der Europäischen Union zum Teil mit falschen Karten gespielt und ihre Situation vor den anderen Partnern vertuscht – hauptsächlich im Westen und Süden des Kontinents wie in Portugal, Irland, Griechenland und zum Teil auch Spanien. Das extremste Beispiel ist sicherlich Griechenland, aber auch ein Land, das systemisch zwar anders, aber ebenfalls in wenig verantwortlicher Weise gewirtschaftet hat wie Irland, das zwar infrastrukturell große Fortschritte gemacht hat, indem es überaus erfolgreich ausländische Investoren auch von außerhalb Europas anzog, aber dies und einen großen Teil seines Gesamtwachstums seit den 1990er-Jahren auf eine auch durch europäische Förderprogramme ermöglichte Immobilienblase gründete und damit vor den anderen Eurozonenmitgliedern so tat, als sei es der Vorreiter eines nachhaltigen Wachstums Europas.

20. *Worin liegt also zusammenfassend das große Grundsatzmotiv der inneren Spaltung Europas, das Sie für die Krise entscheidend mit verantwortlich machen?*

Benedikter: Die Nordstaaten, also die Gewinnerstaaten des Euro wie Deutschland, Frankreich, Österreich oder die Niederlande sagen: Die Südstaaten haben die Schulden gemacht, also müssen sie die Steuern erhöhen und sparen, um das Geld zurückzuzahlen, das ist das Rezept. Das geschieht natürlich mit einem gewissen Recht, denn die Südstaaten haben ja wirklich die Schulden gemacht, also müssen sie auch Verantwortung dafür übernehmen. Die Südstaaten wie Italien, Spanien, Portugal oder auch Griechenland sagen, gut, wir sparen also, aber das würgt die Nachfrage und den Konsum ab, und wir sparen uns damit in die Rezession hinein – wie zum Beispiel Italien mit -2,5 Prozent Rezession in 2012, weil die Menschen nichts mehr kaufen, weil sie kein Geld mehr haben. Denn der italienische Staat hat inzwischen unter dem nicht gewählten, „technischen“ Ministerpräsidenten Mario Monti die statistisch gesehen höchsten Steuern der Welt erlassen, mit 55 Prozent auf mittlere Einkommen und bis zu 70 Prozent auf Unternehmen – eben um zu sparen und die Staatsschulden abzutragen. Letztlich wird der Bürger auf der Straße dafür zur Kasse gebeten in Form von Steuern. Die verständliche Antwort des Südstaaten-Bürgers ist: Dann kann ich eben nichts mehr kaufen, wenn ich alles dem Staat geben muss. Selbstverständlich kauft dieser Bürger dann auch nichts mehr von den Nordstaaten, die aber ihren unvergleichlichen Erfolg seit Einführung des Euro im Jahr 2001 wesentlich darauf aufgebaut haben, ihre Produkte ohne Umrechnungsverluste zwischen verschiedenen Währungen in die Südstaaten zu exportieren. Wenn der Südstaaten-Bürger wegen des – weitgehend vom reichen Norden verordneten – Sparprogramms dann nicht mehr kauft, dann schadet das also allen: europäischen Nord- und Südstaaten gleichermaßen. Das ist die andere Seite der Medaille. In gewisser Weise haben damit die Südstaaten Recht, wie die empirischen Daten zeigen: Europa ist in Rezession, weil zum Teil extrem gespart wird. Sparen ist also einerseits nötig, andererseits verhindert es Wirtschaftswachstum. Beide Seiten, die Nord- und die Südstaaten haben Recht – und beide haben zugleich, mit Blick auf das gemeinsame Ganze, Unrecht, weil sie nur das je eigene Recht sehen.

21. *Könnten die Südstaaten-Bürger – Stichwort Solidarität – an dieser Stelle nicht auch sagen: Ihr, die Nordländer, seid die Gewinner des Euro, ihr müsst jetzt auch etwas davon abgeben, damit wir aus unserer Verliererposition herausfinden?*

Benedikter: Durchaus. Genau das beginnen sie heute im Grunde zu tun – etwa in Gestalt der italienisch-französischen „Allianz“ zwischen François Hollande und Mario Monti seit Dezember 2012, den Stabilitäts- pakt wieder neu zu verhandeln. Oder in den Bemühungen, die Sparpolitik zurückzufahren und wieder mehr Schulden zu machen. Das wird sich auch jetzt nach den italienischen Parlamentswahlen vom 24.-25. Februar 2013 nicht ändern, sondern eher verschärfen. Dazu zählen auch die wachsenden Proteste der Südstaaten gegen eine „deutsche“ Austerity- Politik, die das strukturstärkste Land den schwächeren vermeintlich verordnet, um „seine“ Währung auf Kosten der anderen zu schützen. Und das dabei wenig Rücksicht nimmt und sich damit unter Umständen langfristig sogar selbst schadet. Das Abkühlen der deutschen Konjunktur Anfang 2013 nicht zuletzt wegen der massiven Rezession in den Süd- staaten zwischen 2,5 Prozent und 2,8 Prozent sowie einem Konsum- einbruch von 30 Prozent etwa in Italien 2012, der ebenfalls in wichtigen Teilen auf Kosten deutscher Produkte geht, ist ein Anfang. Ob Deutsch- land diese negative Entwicklung mittels Stärkung von Exporten in Gebie- te außerhalb der Eurozone und außerhalb Europas für sich wettmachen kann, ist fraglich. Auf lange Frist wird das sicher nicht so weitergehen. Entweder schreitet man zu einer echten Regierungs- und Politikunion fort, was offene – nicht wie bisher verdeckte – gemeinsame Schulden- haftung, Angleichung von Steuerlasten für Unternehmen und Private, weitestgehende transnationale Gleichbehandlung europäischer Bürger (nicht zuletzt auf dem Steuergebiet), Fiskal- und Bankenunion sowie ein einheitliches Wirtschafts- und Finanzressort einschließt – oder man wird sich einer zunehmenden Tendenz des Auseinanderbrechens der Interessen der Nord- und Südstaaten, also der Gewinner und Verlierer des Euro gegenübersehen, die die Gefahr des Auseinanderbrechens der Eurozone, und vielleicht sogar Europas Renationalisierung in sich trägt. Das ist keine apokalyptische Fantasie oder Drohung, sondern die konkret im Raum stehende Realität. Tertium non datur – auch wenn ein Groß- teil der heutigen Politik darauf hinzielt, mit „Mittelmaßnahmen“ Zeit zu

gewinnen und den „Kairos“ der Entscheidung eher zu verzögern, als in den Blick zu nehmen. Die Welt außerhalb Europas hat das sehr genau verstanden, darunter die internationalen Finanzmärkte, besser, als dies Europa derzeit selbst begreift wahrscheinlich. Daher ist die Skepsis gegenüber Europas Krisenmanagement so groß. Und diese Skepsis nimmt 2013 nicht ab, sondern eher zu.

22. *Warum sieht man das bisher nicht ein – auf beiden Seiten? Es scheint doch überdeutlich, dass die fehlende Einheit zwischen Nord und Süd hier zum Schaden aller Europäer ist?*

Benedikter: Deshalb, weil Nord- und Südstaaten nicht einig sind und jeweils nicht auf das gemeinsame Ganze Europas, sondern vorrangig auf den je eigenen Vorteil schauen.

23. *Geben Sie dazu bitte Beispiele.*

Benedikter: Die *Nordstaaten* sagen: Warum sollen wir für die Schulden der *Südstaaten* mit haften, zum Beispiel durch gemeinsame Staatsanleihen? Sie haben ihre Schulden ja selbst gemacht. Also sollen sie sie durch Sparen auch wieder selbst in Ordnung bringen, das ist doch das mindeste. Das hat natürlich durchaus seine Logik. Immerhin wurde den Bürgern der Euro auch unter dem Hinweis des „No-Bail-Out“ politisch nahegebracht. Aber anders besehen ist das etwa im Vergleich mit Amerika so, wie wenn die Washingtoner US-Bundesregierung sagen würde: Kalifornien hat Staatsschulden, die es – wie etwa im Sommer 2010 – zumindest temporär nicht mehr bezahlen kann? Wir haften nicht gemeinsam dafür, sondern jeder US-Bundesstaat haftet für sich und hilft sich selbst. Wenn nötig sollen Schuldenstaaten wie Kalifornien eben aus dem gemeinsamen US-Dollar aussteigen und sich eine andere Währung suchen. Das wäre absurd, und es würde vermutlich nach kurzer Zeit keinen Dollar mehr geben. Aber die *Nordstaaten* machen es in Europa genau so, obwohl sie ja die gemeinsame Währung mit den *Südstaaten* teilen! Amerika macht das nicht, weil es eine gemeinsame Währung, aber dazu auch eine gemeinsame Regierung hat. Währung und Regierung sind eins für alle Teilstaaten der USA. Europa hat einen entscheidenden Nachteil, eine Achillesferse, die seine Währungsunion auf Dauer ernsthaft beschädigen könnte, wenn sie nicht in Ordnung gebracht wird: Europa hat zwar eine gemeinsame Währung, aber keine gemeinsame Regierung. Es hat eine Währung, aber viele Regierungen. Und die sagen sich gegenseitig:

Nicht ich, sondern Du musst es gutmachen. Das kann nicht funktionieren, und das konnte nie funktionieren. Wer eine gemeinsame Währung hat, braucht eine gemeinsame Regierung: Sonst ist auch die Währung zum Untergang verurteilt. Das ist es, was heute klar wird.

24. *Und die Südstaaten?*

Benedikter: Die *Südstaaten* ihrerseits machen derzeit eine ebenso zweifelhafte Politik. Sie sagen: Wenn alles schiefgeht, müssen wir keine größeren Reformen machen, denn die *Nordstaaten* werden uns schon „heraushauen“. Sie haben ja schließlich nicht nur die moralische Pflicht dazu, sondern müssen das auch aus reinem Selbsterhaltungstrieb tun – schließlich haben wir eine Währungseinheit. So geschehen zum Beispiel in der italienischen Hauptstadtregion Lazio, der Region rund um Rom, wo jahrzehntelang Millionen aus öffentlichen Mitteln für private Luxusgüter verschwendet wurden – im Glauben, wenn die Schulden außer Kontrolle gerieten, werde in letzter Instanz nicht der selbst hoch verschuldete italienische Nationalstaat, sondern schon „der reiche Norden einspringen müssen“. Manche erinnert das ja bereits an den Konflikt zwischen Nord- und Südstaaten in den USA. Es sind ähnlich unselbige Abhängigkeits- und Konfliktmechanismen im Gang im heutigen Europa wie damals in den USA – unter völlig veränderten Voraussetzungen natürlich.

25. *Ein Beispiel für die wechselseitige Abhängigkeit zwischen Nord und Süd, bei gleichzeitiger Nichteinsicht in diese?*

Benedikter: Nehmen wir das gewiss extremste – und als solches zweifellos auch nur zum Teil repräsentative, aber doch lehrreiche – Beispiel, Griechenland, und überspitzen wir es noch ein wenig zum Zweck der Verdeutlichung der im Hintergrund der innereuropäischen Krise wirkenden Grundmechanismen. Was haben die Griechen gemacht? Sie wollten – wie alle anderen auch, und das ist mehr als verständlich – gern die besten Autos der Welt fahren, also die deutschen. Sie konnten sie aber nicht selbst produzieren. außerdem hatten sie keine Ersparnisse, um sie sich zu kaufen. Also haben sie sich nach der Währungsunion, die das entscheidende Eingangstor war, leichtes und schnelles Geld zu historisch günstigen Konditionen ohne Umrechnungsverluste von deutschen (und anderen) Banken geliehen, um deutsche Autos zu kaufen – die noch dazu teilweise in Tschechien oder der Slowakei produziert werden, was

die Dinge noch etwas komplizierter macht, aber das Grundprinzip nicht verändert. Das Resultat war, dass die Griechen zwar zu ihrer grossen Freude die deutschen Autos fuhren, aber die – vor allem bei französischen und deutschen Banken gemachten – Schulden nicht zurückzahlen konnten, sondern nur die Zinsen darauf. Dazu kam die sich ständig vergrößernde Schere betreffend Wettbewerbsfähigkeit, denn in den Südstaaten wurde ja nicht allein billig importiert, sondern auch deutlich an Lohnstückkosten zugelegt. Sie hatten also – als spätere Verliererstaaten des Euro – Geld von den Gewinnerstaaten geliehen, um Waren der Gewinnerstaaten zu kaufen, wurden davon aber, repräsentativ für die „Verliererstaaten“ des Euro, finanziell abhängig – bei gleichzeitig sinkender Wettbewerbs-Vergleichbarkeit. Dagegen gewannen die „Gewinnerstaaten“ aus demselben Mechanismus doppelt: Erstens durch den Profit der Produktion und des Verkaufs von Waren ohne Umrechnungsverluste, und zweitens an Zinsrückzahlungen bei gleichzeitig mehr oder weniger gleichbleibender, also dauerhafter Verschuldung der Südstaaten. Letztlich wuchs, hier nur typologisch – und also gewiss unrechtmäßig reduziert – verdeutlicht, das Abhängigkeitsgefälle zwischen großen, strukturstarken und reichen Eurostaaten auf der einen und kleinen, strukturschwachen und armen Eurostaaten auf der anderen Seite – in ein und derselben Währungszone! Wie es allerdings nur allzu voraussehbar war, wenn man eine gemeinsame Währung zwischen Arm und Reich – oder strukturschwach und strukturstark – ohne politischen Ausgleichsmechanismus einführt. Das ist das Entscheidende: Eine gemeinsame Währung ohne echte politische Gemeinsamkeit und ordnende, ausbalancierende Gesamtautorität! Ein Unikum in der modernen sozio-ökonomischen Geschichte offener kapitalistischer Gesellschaften, das von Anfang an auf schiefer Ebene stand, ja stehen musste.

26. *Das bedeutet?*

Benedikter: Griechenlands Schicksal war von Anfang an besiegelt, als man das strukturschwächste Land Europas: Griechenland, mit dem strukturstärksten Land Europas: Deutschland in eine gemeinsame Währungsunion *ohne politische Union* gegeben hat. Voraussehbar war: Wenn Sie einen Palast und eine Hütte zusammenschließen ohne gemeinsamen Richter, der das Gefälle intern über politisch-soziale Mechanismen ausgleicht (wie sie ja *innerhalb* der europäischen Nationalstaaten eifrig gepflegt werden, denken sie nur in Italien an den Nord-Süd-Ausgleich oder in Deutschland an den Länderfinanzausgleich, den Aufbau Ost oder die

Bund-Länder-Ergänzungsfonds), dann muss die Hütte notwendigerweise und unausweichlich immer kleiner und der Palast immer größer werden. Das ist weder die „Schuld“ des Palastes, noch der Hütte: Es ist das Grundgesetz, das Einmaleins des Kapitalismus. Und wer einem solchen Vorgang: Währungseinheit ohne politische Einheit, zustimmt, weiß also, was geschehen wird.

27. *Hätte man den Stabilitätspakt eingehalten, wäre dies dann zu verhindern gewesen?*

Nein. Denn des Pudels Kern liegt nicht in der bloßen Schuldenanhäufung an sich – obwohl diese natürlich wichtig bleibt –, sondern in der fehlenden Einheit von Wirtschafts-, Geld- und politischer Union. Eines ohne das andere ist derart „frei“ von Gesamtsteuerung, dass seine eigenen Gesetze absolut wirken – wie im Fall einer Währungs- und Wirtschaftsunion die Gesetze des Kapitalismus, also die innere Dynamik zwischen Akkumulation, Produktion und Konsum. Ohne Steuerung wirken diese immer zugunsten des Stärkeren zuungunsten des Schwächeren. Dies zugelassen zu haben: dafür tragen alle Mitgliedsstaaten des Euro dieselbe Verantwortung – und es ist besonders wichtig, dies ausdrücklich zu betonen! Was sich in der Schuldenkrise gezeigt hat, ist: Währungsunion ohne politische Union führt zu wachsenden inneren Gefällen und Abhängigkeiten, ohne dass irgendjemand das will. Es führt zu einem rasch wachsenden inneren Ungleichgewicht, das in Niemandes Interesse sein kann. Daher war es von Anfang an falsch, verzerrt, halbherzig oder eben nur ein „unvollendeter Anfang“, eine gemeinsame Währung ohne eine gemeinsame Regierung einzuführen. Das muss Europa nun nachholen, um sich weiterzuentwickeln.

28. *Oder?*

Benedikter: Oder das bisherige Europa muss, als Preis für Unentschlossenheit, den Traum seiner Einheit aufgeben; den Euro nur mehr für die Gewinnerstaaten behalten; und als Preis dafür für die kommenden zwei oder drei Generationen von (Süd-)Europäern auf jeden Anspruch auf ein „einiges Europa“ verzichten. In diesem Fall, der möglich ist, wird es künftig zwei Europas geben: Ein Nord- und ein Südeuropa, mit verschiedenen Währungen und politischen Einheiten. Vielleicht sogar drei, mit Staaten wie Großbritannien als dritter Block. Aber dann darf niemand mehr für die kommenden 100 Jahre nochmals von „Europa“ sprechen.

Das wird dann diskreditiert und endgültig vorbei sein für mindestens einige Generationen. Wer diesen Preis zahlen will, soll ihn zahlen. Er muss sich nur dieses Preises bewusst sein.

29. Aber hat der Palast in einem solchen Spiel letztlich nicht doch mehr Verantwortung als die Hütte? Das würden zumindest die meisten Linksintellektuellen behaupten. Die ja in Europa heute in der Mehrheit sind, wenn ich das richtig sehe.

Benedikter: Nein, keineswegs. Und die Linksintellektuellen sind heute in Europa auch nicht in der Mehrheit, sie waren es übrigens auch nie. Trotz des Wahlerfolges François Hollandes in Frankreich mit denkbar knapper Mehrheit, der vielleicht ebendies behaupten würde. Doch all dies ist ganz ausdrücklich nicht die Schuld des Palastes, sondern derjenigen, die das Grundgesetz des Kapitalismus ohne gemeinsame politische Regulierung auf europäischer Gesamtebene entfesselt haben – also der besten (und im übrigen auch spirituellsten, weil abstrakt-konkretesten) Erfindung, die die Menschheit je gemacht hat. Gerade diese unendlich potente Erfindung, der Kapitalismus, benötigt politische Regulierung zwischen den Staaten einer gemeinsamen Währung, um die Unterschiede zwischen ihnen nicht zu vergrößern. Doch genau diese Regulierung hat gefehlt, und die Unterschiede sind also „natürlicherweise“, ja notwendigerweise gewachsen – bis zur heutigen Teilung Europas in Gewinner- und Verliererstaaten, mit einzelnen „Wackelkandidaten“ dazwischen, wie Frankreich.

30. Wer also ist Schuld an der Krise?

Benedikter: Es ist nicht die Schuld der Gewinnerstaaten, oder gar Deutschlands, sondern vielmehr die „Schuld“ des institutionellen Arrangements am Ursprung des Euro: der fehlenden gemeinsamen europäischen Regierung, also der fehlenden politischen Einheit. Wenn die Schuldenkrise etwas lehrt, dann dies: Es kann keine Währungseinheit ohne gleichzeitige politische Einheit geben. Das war der Fehler von Anfang an – aber das ist auch die große Chance in die Zukunft hinein. Bedenken Sie nur: Selbst mit diesem allzu offensichtlichen Fehler blieb Europa seit Einführung des Euro die wirtschaftsstärkste Macht der Welt. Was erst würde geschehen, wenn dieser Fehler bereinigt würde – und Europa *sowohl* eine Währungs- als *auch* eine politische Einheit würde? Das könnte zu einem „Quantensprung“ sicherlich zunächst hinsichtlich seiner

inneren Konsolidierung werden, nicht zuletzt auch mittels der internationalen Währungsmärkte; vor allem aber zweitens zu einem Sprung in eine neue Dimension seiner nicht mehr allein auf sich selbst bezogenen, sondern global konstruktiven internationalen Bedeutung. Eine endlich voll handlungsfähige Europäische Zentralbank, eine gemeinsame Basis-Steuerpolitik, eine Bankenunion, eine gemeinsame Regierung: Das könnte mittelfristig ein ganz neues Wohlstandswunder Kontinentaleuropas hervorrufen – mit positiven Auswirkungen auf seine Handels-, Wirtschafts- und Finanzpartner in aller Welt. Alle würden davon letztlich auf die eine oder andere Weise profitieren – nicht nur Europa selbst.

31. Worin besteht zusammenfassend also der Grund des jahrelangen Andauerns der Schuldenkrise im Kern?

Benedikter: Erstens darin, dass die Südstaaten zu hohe Schulden gemacht haben, und zweitens darin, dass die Gewinnerstaaten des Euro zu lange gezögert haben, eine wirkliche Haftungs- und Lösungsgemeinschaft mit den Verliererstaaten des Euro einzugehen: das heißt in der Binnensolidarität, im entsprechenden Management und seiner Kommunikation nach außen. Mittels der Schuldenkrise 2011-12 wurde nur allzu deutlich, dass Europa keine Einheit ist: dass es zwar eine Währungsunion hat, diese aber auf keiner politischen Union fußt. Und genau das: Gemeinsame Währung ohne politischen Mechanismus, der sie intern ausgleichen und interne Unterschiede regeln kann, ist tödlich – wie es letztlich bereits zu erwarten war, als der Euro begründet wurde.

32. Nochmals ein Beispiel dafür?

Benedikter: Die Bürger der Verliererstaaten des Euro wie Italien zahlen heute nach Mario Monti „Reformen“, die bisher praktisch nur Steuererhöhungen bedeuteten, die statisch gesehen offiziell höchsten kombinierten (Einkommens-, Vermögens- und verdeckte) Steuern der Welt: 55 Prozent auf Einzeleinkommen und bis zu 70 Prozent auf Unternehmen, und zwar als eines der westlich-wohlhabendsten Länder! Und all dies nur, um sich als zwischen seinem eigenen Süden und Norden gespaltenes Land den Euro in Währungsgemeinschaft mit dem strukturstärksten Land Europas, Deutschland, leisten zu können. Italien musste die Steuern auf Rekordniveau erhöhen nicht nur zur Finanzierung seines ausufernden Staatsdefizits, wofür es allein die Verantwortung trägt, sondern auch zum Ausgleich des Wettbewerbs- und Produktivitätsunter-

schieds zwischen Italien und Deutschland, wie u.a. auch Angela Merkel beim Gipfeltreffen mit Mario Monti im August 2012 sowie erneut programmatisch im Januar 2013 in ihrer Davos-Rede zur Zukunft Europas zu Recht unterstrich. Dieser führte dazu, dass in ein und derselben Währungszone ein Land Staatsanleihen zu negativen Zinsen verkaufte (Deutschland), dieselben internationalen Finanzmärkte aber für das andere Land derselben Zone bis zu 7 Prozent verlangten (Italien), was die Schulden explodieren ließ, den Staat schrumpfen machte und damit die strukturelle Basis des Landes traf, also insgesamt die Unterschiede rasch weiter vergrößerte.

33. Eine Gemeinschaft der Unterschiedlichen also, die in gewisser Weise notgedrungen immer unterschiedlicher werden?

Benedikter: Ja. Eine solche „Gemeinschaft der Unterschiedlichen“ ohne gemeinsame Regierung hat zwar für beide Seiten Vorteile. Die Gewinnerstaaten gewinnen, weil sie ohne Einschränkung produzieren und exportieren können in direkter Konkurrenz zu weniger wettbewerbsfähigen beziehungsweise in den Lohnstückkosten höher liegenden Staaten derselben Währungszone, und daher also auch in diese. Sie machen Gewinn einerseits durch Produktion und Handel, andererseits durch das Verleihen von Geld in eben die schwächeren Staaten Europas, die ihre Produkte kaufen wollen. Die Verliererstaaten dagegen haben den zumindest kurz- bis mittelfristigen Vorteil, hochwertige Waren zu erhalten, die sie sich im Prinzip nicht „verdient“ haben, und in ausgewählten Bereichen, wo sie in Segmenten konkurrenzfähig sind, durch die Exporte in die Gewinnerstaaten ohne Währungsverluste. Aber das Gesamtarrangement zwischen Starken und Schwachen hat langfristig und objektiv gesehen mehr Vorteile für die Gewinnerstaaten des Euro als für dessen Verliererstaaten. Wenn ein strukturstarke und ein strukturschwächeres Land eine gemeinsame Währung teilen, muss es unbedingt einen gemeinsamen, identischen politischen Steuerungsmechanismus geben, den beide anteilmäßig teilen – sonst ufer das wirtschaftliche Gefälle aus, und eine Art Primordialmechanismus des Kapitalismus setzt nicht nur binnen-, sondern auch zwischenstaatlich ein.

34. Das heißt?

Benedikter: Es heißt: Der Größere wird immer größer, der Kleinere immer kleiner. Man kann diese Aussage allerdings nicht absolut stehen lassen, sondern muss sie nationalökonomisch auffassen – ohne Berücksichtigung innerer Pro-Kopf-Unterschiede. Fakt ist, dass es in den ersten Jahren der Währungsunion eine Konvergenz des Pro-Kopf-Einkommens (gab), und der heutige „Gewinnerstaat“ Deutschland hatte große wirtschaftliche Probleme. Doch auch wenn man dies berücksichtigt, gilt die eingangs geschilderte Gleichung: Währungsunion ohne gemeinsame Regierung heißt auf mittlere bis lange Frist notwendigerweise, dass der Größere größer, der Kleinere kleiner wird. Das ist das Gesetz des Kapitalismus. Genau das ist beim Euro geschehen. Man hat, ohne politische Gemeinsamkeit, eine gemeinsame Währung eingeführt. Dabei war voraussehbar, dass sie zwar zu allseitigem Vorteil, vor allem aber zum Vorteil der strukturstärkeren Gebiete werden würde, wenn es keine gemeinsame politische Ebene, keine gemeinsame Regierung geben würde. Insofern war der Euro von Anfang an eine Währung, die zwar bis zu einem gewissen Grad, in einer ersten Phase, alle voranbringen konnte und zweifellos auch voranbrachte, das heißt insgesamt zunächst tendenziell den Wohlstand aller Teilnehmer erhöhte, die aber – so wie bisher – nicht werden bestehen können. Der Euro braucht weniger monetäre oder wirtschaftliche, sondern vielmehr politische Reformen, um ein Erfolgsmodell zu bleiben.

35. Warum?

Benedikter: Weil die Verliererstaaten *zunächst* in einer ersten Phase einen großen „Sprung“ machen konnten mittels der Investitionen der Gewinnerstaaten; aber je länger die Zeit dauert, desto stärker schlägt in einer zweiten und dritten Phase das Pendel auf die andere Seite aus, indem es das Kapital mittels Zinszahlungen zur Wirkung bringt, das ist das Grundgesetz des Kapitalismus. Wenn dann noch fortgesetzte Krisen wie die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise 2007 bis 2011 die Planungen durcheinanderbringen, dann können sich Ungleichgewichte sehr schnell vertiefen.

36. Was wäre die Lösung?

Benedikter: Die Alternative Europas heute lautet im Gefolge dieser inneren Verschiebungen: *Entweder* Fortschritt zur Einheit von monetärer und politischer Union, *oder aber* Aufgabe der Währungsunion, also des Euro, wie man sie bisher kennt. *Tertium non datur*, ein drittes gibt es nicht. Was die Krise lehrt, ist die Notwendigkeit einer Komplementarität zwischen Währungs- und Regierungseinheit und einer europäischen Zivilreligion, also des säkularen „Glaubens“ an eine Einheit in Freiheit. An diesem Scheideweg stehen wir derzeit, und wir stehen tatsächlich physisch an ihr, nicht nur rhetorisch. Es wird alles vom Bewusstsein der Politiker abhängen – aber zunehmend auch der Sozialpsychologien, der Stimmungen und Befindlichkeiten der europäischen Bevölkerungen. Letzteres begrüße ich, obwohl in den vergangenen Jahren viel zu wenig getan wurde, die der Europäerinnen und Europäer so zu informieren, dass sie auch in einer sozialpsychologischen Dimension zusammenwachsen und gemeinsam mündig Entscheidungen treffen kann.

37. Warum ist das der Fall?

Benedikter: Das Andauern der europäischen Krise wird von internationalen Institutionen vorwiegend als monetäres und wirtschaftspolitisches Missmanagement interpretiert. Sie hat aber tiefere Gründe – unter anderem kulturelle, nämlich das Fehlen einer gemeinsamen europäischen Zivilreligion und eines lebendigen europäischen Gründungsmythos, der eine gemeinsame Identität zu stiften in der Lage wäre. Mit anderen Worten: Die europäische Krise, begründet auf der „Nicht-Einheit“ Europas und einer Spaltung zwischen Nord und Süd, ist letztlich auch darauf zurückzuführen, dass „ein Geist Europas“ fehlt. Oder sollten wir besser sagen: Der „eine“ Geist Europas fehlt? Amerika hält diesen einigenden Geist, verkörpert in Verfassung und Flagge, die unmittelbar berührende Ideen darstellten, unmittelbar lebendig, bis heute; Europa hat „seinen“ Geist immer noch nicht, weder lebendig noch abstrakt. Ein Grund dafür ist, dass Europa in den vergangenen Jahrzehnten „von oben“ gemacht wurde; und man merkt nun, dass „von unten“ etwas fehlt – das heißt, dass politische und Währungs-Prozesse zwar teilweise, aber doch noch nicht angemessen von zivilgesellschaftlichen und sozialpsychologischen Prozessen mit- und nachvollzogen wurden. Damit fehlen Europa die Fundamente für echte Gemeinsamkeit – und das heißt auch für Solidarität in schwierigen Entscheidungen, die den Geldbeutel betreffen können.

38. Sie sagen in Ihren aktuellen Publikationen, in Europa sei im Rahmen der beschriebenen „doppelten“ inneren Spaltung inzwischen eine Zwei- oder gar Dreiklassengesellschaft an europäischen Bürgern entstanden. Diese führe zu Binnen-Ungleichheiten, welche an Diskriminierung grenze. Können Sie das erläutern?

Benedikter: Ja, natürlich. Im Rahmen der beschriebenen Konstellation: Währungseinheit ohne politische Einheit entstand in der Tat das Paradoxon, dass zum Beispiel Italiener und Deutsche beide formal „gleiche“ Bürger Europas sind, aber faktisch zu zwei unterschiedlichen Arten von Bürgern geworden sind, weil die Italiener gut ein Drittel mehr Steuern als die Deutschen zahlen – obwohl sie beide ein und denselben europäischen Pass haben.

39. Dazu ein konkretes Beispiel?

Benedikter: Nehmen wir an, ich als Italiener und Sie als Deutscher kaufen beide dieselbe Wohnung im neutralen Österreich, Mitglied der Eurozone wie Italien, und wir vermieten sie für denselben Preis. Von dem, was wir erhalten, behalte ich nach Abzug aller Kosten und Steuern nur wenig mehr als 45 Prozent, doch Sie dürfen 60 Prozent behalten, obwohl sich die Wohnung auf „neutralem“ Gebiet befindet. Das ist deshalb der Fall, weil ich bis zum heutigen Tag immer noch und ausschließlich als italienischer Bürger Steuern bezahle, Sie als deutscher. Wir sind beide dieselben europäischen Bürger mit formal demselben Pass und denselben Rechten – aber wir werden vollkommen unterschiedlich behandelt innerhalb dieses angeblich „gemeinsamen“ Europa. Das lässt eine Art von Zwei- oder gar Dreiklassengesellschaft (denken Sie nur an Griechenland!) europäischer Bürger entstehen – was das Projekt „vereintes Europa“ zumindest im Geist der Menschen *ad absurdum* zu führen droht. Denn die Bürger der Verliererstaaten des Südens fühlen sich diskriminiert und fragen sich zunehmend, warum sie so hohe Steuern zahlen sollen, nur um sich dieselbe Währung mit den Gewinnerstaaten des Nordens zu leisten, die viel strukturstärker als sie sind. Noch einmal: Natürlich ist es allein die „Schuld“ der Südstaaten, wenn wir in solchen Begriffen wie „Schuld“ die Krise erklären wollen (was wegen der Globalisierungsmechanismen schwierig bis unmöglich ist!), dass sie so hohe Schulden aufgenommen haben. Die Nordstaaten können gar nichts dafür, nicht im geringsten; also wehren sie sich gegen gemeinsame Haftung auch zu Recht. Das Problem liegt aber nicht nur darin,

sondern auch in den sozialpsychologischen Implikationen der Krisenbewältigung für die Zukunft der europäischen Einheit.

40. Sozialpsychologie spielt eine immer stärkere Rolle?

Benedikter: Ja. Und wie wir wissen, sind sozialpsychologische Prozesse weit komplexer, langsamer und langwieriger als ökonomische und politische Prozesse. Gleichzeitig führen sie zu weit tieferen Veränderungen und Entwicklungen. Sie brauchen dafür aber mehr Zeit. Deshalb besteht in größeren gesellschaftlichen Umbruchprozessen eigentlich immer eine „Phasenverlagerung“ zwischen sozio-politischen und sozio-ökonomischen „Oberflächenentwicklungen“ auf der einen und kultur- und sozialpsychologischen „Tiefenentwicklungen“ auf der anderen Seite. Ein Beispiel dafür sind die Folgen der deutschen Wiedervereinigung. Das wurde bisher in der europäischen Krisenbewältigung wenig in Betracht gezogen. Und das wirkt sich nun aus.

41. Inwiefern?

Benedikter: Es verlängert die Krise aus Gründen der Nicht-Solidarität in objektiv unnötiger Weise. Europas Krisenproblem ist heute mindestens ebenso sehr ein sozialpsychologisches Problem fehlender Solidarität zwischen den Gewinner- und Verlierernationen, das sich negativ auf die Märkte auswirkt, weil es die Glaubwürdigkeit Europas untergräbt, wie ein Problem objektiver wirtschaftlicher und finanzieller Leistungsfähigkeit. Europa ist faktisch viel stärker, als es heute erscheint – mindestens genauso stark wie die USA oder China, wahrscheinlich in seinen Produktivitäts- und Innovationsgrundlagen nach wie vor die stärkste Region der Welt. Das wird aufgrund seiner doppelten inneren Spaltung heute nur nicht mehr wahrgenommen – zum Schaden der globalen Langzeitinvestoren, die Europa deshalb derzeit gründlich unterschätzen. Man kann es ihnen ja auch nur schwer verdenken.

42. Wo liegen die wesentlichen Lösungsperspektiven?

Benedikter: Wie gesagt, und ich wiederhole es hier, um das Grunddilemma zu verdeutlichen: Die Verliererstaaten fordern zu Recht Solidarität und Hilfen von den Gewinnerstaaten, weil diese ihre nie dagewesene Erfolge der Gegenwart mit zum Beispiel dem Verkauf von Staatsanleihen zu Negativzinsen (Deutschland in 2012) wesentlich deshalb erarbeiten

konnten, weil sie mehr als die Hälfte ihrer Produkte ohne Umrechnungsverluste in die Südstaaten und in die Eurozone insgesamt exportieren können. Das hat seine relative, auch quantitativ belegbare Berechtigung: denn die Gewinnerstaaten, einschließlich vor allem der strukturalen Exportländer wie Deutschland und Österreich, würden selbst dann noch Gewinner des Euro sein, wenn alles Negative einträte, was nur eintreten kann: Schuldenausfall und Eintreten des Haftungsfalls. Dagegen meinen die Gewinnerstaaten ebenfalls mit objektivem Recht, die Verliererstaaten hätten die überzogenen Schulden ja schließlich selbst verursacht, und sie sollten sie daher durch Sparen auch mehr oder weniger alleine bewältigen. Denn sonst würden sie sich nie strukturell nachhaltig reformieren – statt nur hie und da und temporär.

43. Was bedeutet das?

Benedikter: Es bedeutet: Die Krise dauert nun bereits mehr als zwei Jahre – gemeinsam mit der vorausgehenden globalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2007-11, die in den USA und ihrem damals spekulativen Finanz- und Wirtschaftssystem sowohl nach innen (Immobilien Spekulation als künstliche Systemgrundlage ohne Nachhaltigkeit) wie nach außen (Finanzcasino auf noch nicht existierende Werte statt Realwirtschaft als Hauptkapitalanlage) ihren Ursprung hatte, sogar bereits mehr als sechs Jahre. Dies auch, weil einerseits die Verliererstaaten untätig waren, andererseits aber auch die Gewinnerstaaten zu lange Zeit zögerten, Solidarität mit den Verliererstaaten zu zeigen und dies auch in konkrete politische Maßnahmen umzumünzen. So zum Beispiel in gemeinsame Schuldenhaftung, eine gemeinsame Steuerpolitik und eine handlungsfähige Europäische Zentralbank, die den Euro durch Aufkauf von nationalen Staatsanleihen stützen kann. Das scheint sich aber seit Ende September 2012 erstmals zu bessern, da die Gewinnerstaaten eingesehen haben, dass nur ein gemeinsames Europa eine Chance auf Besserung hat. Und die Verliererstaaten haben eingesehen, dass es mit ihren Haushalten so nicht weitergehen kann.

44. Wirklich?

Benedikter: Ja. Man muss sagen, dass sich die Dinge seit Sommer 2012 nicht zuletzt aufgrund der konstruktiven Haltung Deutschlands, des mit Abstand einflussreichsten Eurozonenmitgliedlandes, in die richtige Richtung zu bewegen beginnen. Das ist der Fall, da man die oben genannten

Mechanismen zwischen Gewinnern und Verlierern, die letztlich allen Schaden von Regierungsseite eingesehen hat – und zwar unter der wenn auch teils provokativen Debatten-Vorreiterrolle des Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble. Er hat die Dinge hier objektiv vorangetrieben, auch aus Sicht neutraler internationaler Beobachter, Diplomaten und Staatsmänner, indem er unter teilweise deutlicher Kritik darauf hingewiesen hat, dass allein durch Einzelmaßnahmen die Krise letztlich nicht bewältigt werden kann. Die Lösung kann nur in einer größeren Einheit Europas bestehen: in einer Entwicklung in Richtung hin auf die „Vereinigten Staaten von Europa“. Deutschland – und mit ihm Österreich und zum Teil auch Frankreich, bei weitgehender Neutralität der Niederlande, was aber deren individueller Tradition in durchaus positivem Sinne entspricht – sind hier in den vergangenen Monaten, ihren natürlich auch begrenzten Möglichkeiten gemäß, geradezu vorbildlich vorangegangen. Was etwa der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann 2012-13 an Öffnung in Richtung auf eine teilweise gemeinsame Schuldenhaftung und auf eine echte europäische Regierung kommuniziert hat, war ebenso überraschend wie beeindruckend. Die Dinge sind in Bewegung gekommen, und wenn Sie so wollen, ist dies das Verdienst der Krise. Wer das nicht sieht, ist entweder Nationalist ältester Sorte, oder aber blind.

45. Konkrete Beispiele?

Benedikter: Die Entscheidung des deutschen Bundesverfassungsgerichtshofes vom 12. September 2013, der Euro-Rettungsschirm ESM sei unter Auflagen mit dem deutschen Grundgesetz vereinbar, bedeutet faktisch die Einschränkung des Budgetrechts der deutschen Parlamentarier zugunsten Europas. Bereits seit Monaten führt die indirekte Freigabe des Aufkaufs von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank zu verdeckter gemeinsamer Schuldenhaftung. Dazu gehört auch die anvisierte Bankenunion, mit zentralem Weisungs- und sogar Schließungsrecht der Europäischen Zentralbank für alle 6.000 europäischen Banken. Dazu gehören zweitens Pläne für eine erste echte Fiskal-, vielleicht sogar Steuerunion; und drittens die Stärkung der gemeinsamen politischen Ebene mittels eines möglicherweise neu auszuhandelnden EU-Verfassungsvertrags, wie er u.a. von Italien und Frankreich angestrebt wird. Deutschland verhält sich dazu eher zurückhaltend, um seine Stellung als Garant für andere und als eines der wenigen „funktionierenden“ Euroländer nicht zu gefährden, um nicht den Euro an sich neuen Risiken auszusetzen. Erstmals steht damit eine mehrdimensionale Entwicklung

im Raum, die in vergleichsweise kurzer Zeit zu einem „echten“ Europa in mehreren Aufbausritten führen könnte: Zunächst „leichte“ Einheit in ausgewählten Bereichen unmittelbarer Krisenbewältigung („Europe light“); dann Zusammenführung auch grundlegender nationaler Agenden in langfristiger Perspektive („Europe strong“) – mit gewissen Ausnahmen, die weiterhin nationalen Entscheidungen vorbehalten bleiben könnten. Insgesamt würde die Kombination der derzeit im Raum stehenden Faktoren und Initiativen aber eine „Revolution Europas“ bedeuten – nicht mehr, und nicht weniger.

46. *Kommen wir abschließend zu den Perspektiven. Dabei scheinen neben technischen Überlegungen ideale Faktoren eine immer wichtigere Rolle zu spielen. In der Vorstellung der mit Grußworten der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel in 2012 gestarteten Initiative „Ich will Europa“ (siehe <http://www.ich-will-europa.de/die-kampagne/die-initiative>), einer Initiative engagierter deutscher Europa-Freunde, ist als erster Satz folgende Aussage zu lesen: „Die europäische Schuldenkrise ist nicht nur eine Krise des europäischen Finanzsystems, sondern eine Krise der europäischen Idee.“ Stimmt das? Und wenn ja: Worin besteht Ihrer Ansicht nach diese Ideenkrise?*

Benedikter: Die Ideenkrise gibt es. Aber sie ist nichts Neues – vielmehr die alte Achillesferse des modernen Europas. Sie besteht letztlich, seit es die Idee einer europäischen Einheit gibt. Das Problem besteht im Fehlen einer begeisternden, lebendigen Zivilreligion Europas. Doch wenn Sie diese nicht haben, fehlt Ihnen sozusagen das innere Leben der Einheit. Europa ist immer noch stärker durch nationale Gründungsmythen und Identitätsmuster bestimmt, kaum durch gemeinsame europäische. Vielleicht ist das der Hauptunterschied zu den USA, in denen der Idee, der Zivilreligion im Staatswesen eine überproportionale Bedeutung gegenüber allem anderen zukommt. In den USA ist es genau umgekehrt als in Europa: Dort gibt es zwar auch viele Einzelkulturen und Gruppenidentitäten, aber die gemeinsame Idee überstrahlt alles.

47. Dazu ein Beispiel?

Benedikter: Ich gehe mit einem – wie sich im Nachhinein nach seiner Freilassung herausgestellt hat, zu Unrecht verurteilten – US-Afroamerikaner nach seinem mehr als sechsjährigen, ungerechtfertigten Gefängnis-

aufenthalt in den Suburbs einer großen Stadt in den US-Südstaaten spazieren. Plötzlich hisst ein Anrainer im Vorgarten seines umzäunten Häuschens aus unbekanntem Gründen die amerikanische Flagge. Und nun geschieht es: Der eben Entlassene bringt sich sofort in Stellung, salutiert und beginnt zu weinen. Ich denke, das ist verständlich, er weint, weil er so viel Unrecht erfahren hat. Doch er sagt: „Nein, ich weine, weil ich Amerika liebe! Das ist mein Land, das Land der Gerechten und Freien, das Land der Mutigen, und ich glaube daran! Es ist das größte Land der Welt.“ Und das nach so viel Ungerechtigkeit. Wäre das auch im heutigen Europa der Fall, vor der europäischen Flagge? Ich glaube nicht. Das ist die Kraft der Idee, der Zivilreligion, einer Art an das Gemeinwesen gebundenen säkularen geistigen Inspiration und Überzeugung. Sie durchdringt in den USA alles. In Europa bislang nicht. Da macht eine wirkliche Einheit der Europäer, eine wirkliche Solidarität und Gemeinschaft so schwer.

48. Die Lehren?

Benedikter: Was man an diesem Beispiel erfahren kann, ist: Die USA sind kein klassischer Nationalstaat, wie in Deutschland oft fälschlich geglaubt wird, da sie jede Einheit von Volk, Rasse, Herkunft, Kultur und Glaube transzendieren. Sondern sie sind im Kern nur eines: eine Idee. Und zwar eine lebendige, große Idee. Sie waren auch nie etwas anderes – und sie wollen nichts anderes sein, das ist in der Ära Barack Obamas nicht anders. Die USA wollen eine Idee sein, die die Menschen vereint in Freiheit, Individualität und Ich-Zentrierung! Man kann – und muss – hier natürlich den unübersehbaren, zuletzt rasch wachsenden Zwiespalt zwischen Idee und Wirklichkeit kritisieren in einem Land, das heute als Erbe der Bush-Jahre so stark ideologisch und sozial gespalten ist wie nie in seiner Geschichte. Aber was entscheidend ist: Die Idee ist lebendig, sie wirkt als aufbauende Kraft sozialer Einheit und produktiver gesellschaftlicher Debatte. Europa hat (noch) nichts dergleichen, das so stark wirken könnte durch alle politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Unterschiede und Umbrüche hindurch. Aber Europa wird so etwas – mit hoffentlich weniger Widersprüchen, ja Abgründen als in Amerika – brauchen, wenn es das werden will, worauf alle Trends hinweisen. Es benötigt eine „europäische Idee“. Davon sind wir heute noch weit entfernt; und das ist gewiss ein zentraler Teil der Krise. Das hat auch damit zu tun, dass Europa im Vergleich zu den USA aufgrund der Kriegserfahrung deutlich andere Voraussetzungen hat.

49. Wie aber kann eine solche Idee entstehen?

Benedikter: Das ist die Frage nach der europäischen Zivilreligion. Sie ist in der Tat schwierig zu erzeugen. Es muss eine säkulare und doch nicht nur nominalistische, sondern substantielle Idee sein, die eine geistige Inspiration verlebendigt über alle nationalen Grenzen und Mentalitätsunterschiede hinweg. Das ist vielleicht die langfristig wichtigste, und zugleich die schwierigste Frage der heutigen Krise. Ihre ganz grundlegende, umfassendere Bedeutung wurde aber erst anfänglich erkannt. Noch stehen die unmittelbaren wirtschafts-, finanz-, währungs- und institutionenpolitischen Aspekte technischer Bewältigung im Zentrum. Doch sie allein werden, auch wenn sie erfolgreich gelöst werden, wovon ich ausgehe, das Grundproblem nicht lösen: dass Europa eine Idee braucht, die so stark ist, dass sowohl Gewinner- wie Verliererstaaten der Einheit ihr anhängen, weil sie stärker und größer ist als alle Einzelne. Wir haben überhaupt noch nicht richtig begonnen, daran zu arbeiten.

50. Warum?

Benedikter: Unter anderem deshalb, weil Sie dazu inter- und transdisziplinär begabte Meinungsbildner und Befürworter benötigen, Persönlichkeiten sowohl in den Institutionen, in der Politikberatung wie in den Universitäten, in der höheren Bildung. Solche Persönlichkeiten hervorzubringen hat Europa mit Aufgabe des Humboldt-Universitätsmodells nach dem Zweiten Weltkrieg sträflich vernachlässigt; und das rächt sich nun. Europa hat in seiner akademischen Sphäre heute – wiederum im Unterschied zu den USA – ein Modell, das zwei Typen von „Lehrern“ mit Grundsatzeinfluss auf die Sozialpsychologie der gebildeten Mittelklasse und der Eliten propagiert: Erziehungsverwalter und Experten. Was weitgehend fehlt, ist die eigentlich für lebendige, antizipationsfähige Ideen zuständige dritte Dimension: der freie Intellektuelle, der mit Blick auf zivilreligiöse Aspekte ausbildet und dabei nicht nur dekonstruktiv, sondern auch konstruktiv vorgeht. Wenn Europa dies nicht so schnell wie möglich ändert, bleibt sein Bildungssystem nicht wie heute faktisch ein bezogen auf Europa „neutraler“ Faktor, sondern wird diesbezüglich ein Hinderungsfaktor. Denn Europa zu „wollen“ heißt, Europa ideell zu antizipieren. Und ideell so kraftvoll antizipieren, dass es zu einem sozialen Faktor wird, kann nur der freie Intellektuelle, indem er Risiken nimmt – nicht der Erziehungsverwalter, der Bekanntes weitergibt, noch der Experte, der sich vorwiegend auf technische Machbarkeiten enger Spezialisie-

rungen im Rahmen des Gegebenen bezieht. Es geht mir dabei nicht um einzelne herausragende Persönlichkeiten im öffentlichen Raum, sondern um eine viel breitere Streuung der Idee des – konstruktiven – Intellektuellen im gesamten Bildungsbereich, durch alle Stufen.

51. Sie sprechen davon, dass wir im Hinblick auf eine europäische Zivilreligion noch immer erst in einer „nationalen Bemächtigungs-Phase“ sind. Was meinen Sie damit? Nehmen heute nicht die Bemühungen um eine gesamteuropäische Inspiration zu?

Benedikter: In gewisser Weise erinnert die heutige Anlaufphase zu einer europäischen Zivilreligion an den Ursprung Europas in der griechischen Hochkultur vor mehr als 2.000 Jahren. In der griechischen Mythologie verriet Ariadne, die kretische Priesterin, die vorhergehende kretische Kultur, um eine neue Zivilisation zu ermöglichen. Sie half Theseus mit einem Faden bei der Erschlagung, wenn nicht gar Opferung des Minotaur, eines Mann-Pferd-Wesens, im Labyrinth – und dabei, nach dem Kampf sicher an den Ausgangspunkt zurückzukehren. Das entstehende Europa musste sich in seiner Gründungsphase zuallererst seiner – im Kern nationalen, und dabei in allen Fällen, wie im Fall des Minotaur, an einem „unheimlichen Vater“ orientierten, das heißt sich patriarchalischen Gründungsmythen entledigen, um Frieden zu stiften und gemeinsam sein zu können. Die Beziehung zwischen Frankreich und Deutschland ist dafür vielleicht das beste, gelungenste Beispiel. Was heute notwendig wird, ist in gewisser Weise, zumindest metaphorisch gesprochen, die zweite Phase des Theseus: Europa muss nun nach dem Kampf um Aussöhnung an den Ausgangspunkt zurückkehren, das heißt sich zunächst auf nun transnational verträgliche, nicht-egoistische Weise neu seiner nationalen Gründungsmythen bemächtigen, damit darauf aufbauend in deren Kombination eine gemeinsame europäische Zivilreligion möglich wird. Europa steckt mitten in diesem Prozess, oft verwirrt und halb bewusst, den viele mit Renationalisierung verwechseln. Noch ist diese Aufgabe nicht vollendet. Wir haben im Gegenteil im Rahmen der Krise starke „traditionalistische“ Re-Nationalisierungskräfte am Werk gesehen, die tatsächlich nicht Bemächtigung zum Zweck der Überwindung, sondern vielmehr einfachen Rückschritt in die nationalen Mythologien des 19. Jahrhunderts anstreben. Leider auch in den zwei „Leitmächten“ der Eurozone Frankreich und Deutschland, wenn auch vielleicht in geringerem Ausmaß.

52. Ist es nicht ironisch, dass es gerade sozial orientierten Ländern wie den Wohlfahrtsstaaten in Europa so schwer fällt, eine europäische Kollektivität zu konzipieren?

Benedikter: Durchaus. Das ist allerdings ein hochkomplexes Thema, in dem innere und äußere Faktoren zusammenwirken. Dazu muss man zum Beispiel einerseits berücksichtigen, dass Europas Wohlfahrtsstaaten zwischen 1970 bis (zumindest) 2007 in ihrer Grundexistenz überproportional von Amerikas „Gnade“ abhingen, mit Folgen bis heute. Vergessen wir nicht: Europas Wohlfahrtsstaaten wären seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und vor allem seit den 1970er-Jahren niemals möglich gewesen, wenn Amerika sich nicht für sein Militär – und damit indirekt und natürlich nicht ohne Eigeninteressen auch für den äußeren Schutz Europas – derart eingesetzt hätte; während Europa wenig für seine äußeren Agenden getan hat, sondern das meiste „nach innen“ investiert hat. Auf der anderen Seite hat Europa dann wiederum das meiste davon in nationale, nicht in gemeinsame europäische Agenden investiert – also in sogenannte „eigentliche“, nicht in transnationale, übergreifende Entwicklungen. Die heutigen Schwierigkeiten, eine gemeinsame Identität Europas zu entwickeln, sind also nicht nur sozialer oder kultureller Ursache, sondern auch den angewandten Politiken der europäischen Nationen der vergangenen Jahre geschuldet.

53. Was könnte der Ausweg dieser mit realpolitischen und -wirtschaftlichen Faktoren kombinierten „Ideenkrise“ Europas sein? Handelt es sich darum, ein kollektives Eigenbild, eine europäische Identität oder vielleicht sogar ein europäisches Bewusstsein zu fördern? Wie sehen Sie diese „Sache des Herzens“ Europa, von der Angela Merkel in Ihrem Grußwort für die obengenannte Initiative „Ich will Europa“ spricht?

Benedikter: Das Grußwort der Kanzlerin ist, wie ihre Politik, im Prinzip positiv und geht in die richtige Richtung. In einigen Einzelheiten bleibt es aber zu zurückhaltend und allgemein. Darin ist es das Spiegelbild ihrer Politik. Dies auch deshalb, weil meines Erachtens der Öffentlichkeit in Deutschland (noch) nicht mehr zumutbar ist.

54. In der Kampagne „Wir wollen Europa“ heißt es im Wesentlichen: „Wir sollen Europa wollen.“ Doch sowohl in der Vorstellung der Initiative als auch im dazugehörigen Dokument namens „Darum Europa“ wird relativ einseitig aus deutscher Perspektive pro-Europa argumentiert, so unter anderem mit den Sätzen: „Deutschland war und ist einer der größten Nutznießer der politischen und wirtschaftlichen Einigung Europas, und war seit den Gründerjahren auch einer der großen Mitgestalter dieser Einigung.“ Wie legitim ist es, so von Deutschland im Hinblick auf die heute im Raum stehende „Europäische Idee“ zu sprechen?

Benedikter: Es ist mehr als legitim, und ich stimme diesen Aussagen völlig zu. Deutschland kann zugleich durchaus noch mehr tun als bisher, um die europäische Einheit zu stützen und voranzubringen – aber alle anderen Länder auch. Wir sollten nicht vergessen, dass es nicht die Aufgabe eines Landes allein ist, Einheit zu verwirklichen, sondern eine Gemeinschaftsaufgabe. Auch alle anderen Länder haben, alles zusammengekommen, von der Einheit profitiert, auch wenn nun einige von ihnen einen überproportional hohen Preis dafür zahlen. Weil alle profitiert haben und profitieren werden, sollten auch alle die Einheit weiter vorantreiben.

55. Ihr Ausblick? Was erwarten Sie von den kommenden Monaten?
Mit anderen Worten, die Gretchenfrage: Was wird nun aus Europa werden?

Benedikter: Die Schuldenkrise 2011-12 hat eines vor allem gezeigt: Europa kann nicht bleiben, was es ist. Es muss etwas anderes, es muss „mehr“ werden, als es bisher war – als es bisher sein konnte und sein wollte. In diesem Sinn war die Schuldenkrise heilsam: Sie hat endgültig klar gemacht, dass Europa erst auf halbem Weg ist, wenn überhaupt. Es ist erst ein sehr unsicherer und wenig geschützter Raum. Die Währungsunion reicht nicht. Wir brauchen eine politische Union, und wir brauchen eine dazugehörige europäische Zivilreligion, die diesen Namen auch verdient. Europa wird sich im Gefolge der Schuldenkrise auf den Weg zu den „Vereinigten Staaten Europas“ machen müssen, ob es das will oder nicht, schon aus finanziellen, währungspolitischen und ökonomischen Gründen. Dagegen gibt es Gegenkräfte; doch ich bezweifle, dass der weitere Einigungsprozess politisch aufgehalten oder mittel- bis langfristig substantiell verändert werden kann. Das ist das wichtigste Ergebnis der Krise. Es ist eine gute Nachricht für alle Europa-Freunde. Denn wenn Europa nach innen eine größere Einheit erreicht, ist das auch gut für die Welt.

DER AUTOR

Roland Benedikter dient als Europäischer Stiftungsprofessor für Zeitanalyse, Kontextuelle Politikanalyse und Politische Antizipation an der Universität von Kalifornien in Santa Barbara und an der Stanford Universität, USA.

Autorisierte Internetseite:

<http://europe.stanford.edu/people/rolandbenedikter>

Kontakt: rben@stanford.edu

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Matthias Schäfer

Leiter des Teams Wirtschaftspolitik

Hauptabteilung Politik und Beratung

10907 Berlin

Tel.: +49(0)-30-2 69 96-35 15

E-Mail: matthias.schaefer@kas.de